



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 07.11.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:01 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Ausschussvorsitzender
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Bernstiel
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Sänger, Teilnahme bis 18:52 Uhr
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:10 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:59 Uhr
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:13 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marcel Dörrer	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Anja Waas	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 19:31 Uhr

Verwaltung:

Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Bauen
Jutta Grimmer	Leiterin Abteilung Städtebauförderung und -recht
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung u. Nahverkehr
Kathrin Böger	Sachbearbeiterin Team Förderung/Bewilligung
Sarah Lange	Stellv. Protokollführerin

Gäste:

Astrid Friedewald	Architektin für Stadtplanung, StadtLandGrün Stadt- und Landschaftsplanung
Erhardt Krüger	Bereichsleiter Infrastruktur HAVAG

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Dr. Uwe-Volkmar Köck	Sachkundiger Einwohner

Manfred Sommer
Bernd Voigtländer

Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Dr. Lämmerhirt** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Wir kommen zur Tagesordnung. Als erstes der Punkt 4.7, 4.8 auf der Tagesordnung müsste vorgezogen werden. Dann haben wir zwei Änderungsanträge, einmal den Punkt 4.9.1, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Fluthilfemaßnahme und wir haben einen Änderungsantrag unter 5.1.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG. Und es gibt eine Änderung im Antrag der CDU/FDP-Fraktion unter 5.1. Und es gibt einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der mir, soweit mitgeteilt wurde, unzulässig ist und nicht auf der Tagesordnung dementsprechend bleiben kann. Herr Stäglin wird noch ein bisschen näher dazu ausführen.

Herr Stäglin

Kurze Erläuterung. 5.1.1 ist insoweit unzulässig, da hier nicht der Antrag an sich verändert wird, sondern durch die vorgeschlagene Änderung ein völlig anderer Antrag daraus würde. Und dementsprechend nach Prüfung, auch bei uns im Hause, ist dieser Antrag nicht zulässig. Und da ich gerade das Wort habe, als Erläuterung noch, der zweite Punkt bei der Veränderung der Tagesordnung. Die Vorlage B-Plan Klinikum muss vor dem B-Plan Landsberger Straße sowie Heide-Süd eingeordnet werden, weil sich ja die beiden anderen B-Pläne sich daraus entwickeln.

Herr Dr. Lämmerhirt

Es war eine Wortmeldung von Herrn Feigl.

Herr Feigl

Ich möchte der Einlassung von Herrn Stäglin widersprechen. Also, wir haben sehr wohl bedacht bei der Ausarbeitung des Antrages, dass sozusagen die Grundintention, nämlich die Änderung von Haltestellen beibehalten wird. Wir haben natürlich Probleme mit dem von der CDU vorgeschlagenen Änderungsvorschlägen, da diese unserer Meinung nach ...Aber, wir haben sehr wohl darauf geachtet, dass sozusagen die Grundintention, nämlich die Änderung von Haltestellen beibehalten wird und von daher ist dieser Antrag zulässig. Über die inhaltlichen Sachen können wir in der Tagesordnung weitersprechen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Herr Feigl, im Hinblick darauf, die Intention des Antrages, wie wir ihn auch lesen, ist nicht die Umbenennung von Haltestellen global, sondern die Umbenennung von drei spezifisch benannten Haltestellen und Sie schlagen drei andere Haltestellen vor und damit wird es ein anderer Antrag.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich möchte dem entschieden widersprechen. Wir sind jetzt im Grunde genommen schon in der inhaltlichen Diskussion. Also, um das wirklich auszuführen, müssten wir das inhaltlich diskutieren. Also, ich würde Sie bitten auch darzustellen, auf welcher rechtlichen Grundlage Sie jetzt befinden, dass dieser nicht zulässig ist. Ich meine, dass diese Einschätzung, die Sie gerade gebracht haben, schon eine inhaltliche ist. Sie bewerten sozusagen den Inhalt dieses Änderungsantrages und ich denke, das kann man in der Debatte dann ordentlich ausführen. Wir halten ihn formal für zulässig und haben bisher noch keine Rechtsgrundlage gehört, warum er es nicht sein soll.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Schied.

Herr Schied

Es erschließt sich schon im Betreff, also es geht um den Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG. Also ganz allgemein. Und die CDU möchte drei Haltestellen umbenennen und wir haben guten Grund das zu ändern. Also ich wüsste jetzt nicht, warum dieser Antrag abgelehnt werden sollte. Weil es geht um die Umbenennung von drei Haltestellen aus Gründen und nichts anderes wollen wir auch.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es weiter Wortmeldungen zu diesem Antrag? Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Die Sache ist ja für den Sinngehalt von Änderungsanträgen oder Anträgen generell ist ja weder wichtig was in der Überschrift steht oder in der Begründung. Wichtiger ist der Text des Antrages. Wenn ich mir den Antrag der CDU durchlese und danach den Antrag, den Sie Herr Feigl und Sie Herr Schied gestellt haben, erkenne ich da keine Verbindung, außer, dass es drei Haltestellen sind und nach unserer Auffassung reicht das nicht aus, um zu sagen, da ist die Intention weitergeführt. Und deswegen würde ich beantragen dass wir den Änderungsantrag, den vorliegenden, wegen Unzulässigkeit von der Tagesordnung absetzen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dann würde ich hiermit darüber abstimmen wollen. Über den Antrag von Herrn Eigendorf. Nein wir stimmen jetzt..., Herr Feigl wir stimmen jetzt ab..., Herr Feigl, Herr Feigl ich komm mir hier vor wie im Kindergarten. Wirklich, also wirklich wie im Kindergarten, Herr Feigl. Ich weiß nicht, ob Sie es Zuhause genauso machen, ob Sie es in Ihrer Fraktion so machen, dass man einfach dazwischen spricht. Ich weiß nicht, dass ist keine Art und Weise. Wir stimmen jetzt über den Antrag von Herrn Eigendorf ab. Ich bitte um das Handzeichen der Stadträte. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist dem Antrag stattgegeben und wir nehmen den Änderungsantrag von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Wir machen weiter mit der Feststellung der Tagesordnung. Gibt es ihrerseits Veränderungswünsche? Ich sehe das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die heutige Tagesordnung ab. Die Stadträte, wer dafür ist bitte das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist mehrheitlich der Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 3. Genehmigung der Niederschrift**
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2017 → vertagt**
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2017**
- 4. Beschlussvorlagen**
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365**
- 4.2. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 260 Elsterstraße
Vorlage: VI/2017/03302**
- 4.7. Bebauungsplan Nr. 59.1 "Klinikum Kröllwitz", 2. Änderung - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03244**
- 4.8. Bebauungsplan Nr. 59.1 "Klinikum Kröllwitz", 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03247**
- 4.3. Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße 29" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03248**
- 4.4. Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße 29" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03249**

- 4.5. **Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1 -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03250**
- 4.6. **Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1 - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03251**
- 4.9. **Fluthilfemaßnahme Nr. 115 Wiederherstellung Glauchaer Platz-
Variantenbeschluss
Vorlage: VI/2017/03264**
- 4.9.1. **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Fluthilfemaßnahme Nr. 115 Wiederherstellung
Glauchaer Platz- Variantenbeschluss" (VI/2017/03264)
Vorlage: VI/2017/03567**
- 5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 5.1. **Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der
HAVAG
Vorlage: VI/2017/03269**
- 5.1.1. **Änderungsantrag zum "Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung
von Haltestellen der HAVAG" (VI/2017/03269)
Vorlage: VI/2017/03569 → abgesetzt**
- 5.2. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reparatur des Radweges
im Böllberger Weg
Vorlage: VI/2017/03295**
- 5.3. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wegebeziehungen für den
Fuß- und Radverkehr im Bereich Peißnitzinsel – Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2017/03391**
- 6. **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**
- 7. **Mitteilungen**
- 7.1. **Information zum Dieselgipfel**
- 7.2. **Information zur Machbarkeitsstudie Fahrradparkhaus**
- 8. **Beantwortung von mündlichen Anfragen**
- 9. **Anregungen**

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2017**

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 10. Oktober 2017, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 Vorlage: VI/2017/03365**

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Stäglin

Gut, ich versuche es mal gebündelt zu machen. Sie haben die Antworten meinen Geschäftsbereich betreffend vom 3. November, so dass damit erstmal schriftlich ein Großteil der vorliegenden Fragen beantwortet war, und wir hier auf Rückfragen nochmal eingehen können. Heute gingen nochmal drei Fragen ein, die eingereicht wurden von der Fraktion DIE LINKE. Einmal das Thema zu rückgebauten Spielangeboten im Bereich Spielplatz nördliches Zentrum Silberhöhe und die Frage, dass doch Mittel erst in 2021 eingeplant wären und was in der Zwischenzeit passieren würde. Dafür, zur Information wird ja dann schriftlich auch noch eingepflegt.

Der Spielplatz hat zur weiteren Benutzung entsprechende Herrichtungen erfahren, das ist aber eher nur eine Ausstattung. Das Ziel ist, im Haushaltsjahr 2021 diesen wieder voll umfänglich als Spielangebot komplettiert und saniert zu haben, so dass wir jetzt eine Funktionalität hergestellt haben, aber die wirkliche Grunderneuerung mit Antragstellung von Fördermitteln entsprechend erfolgt und beabsichtigt ist.

Bezüglich der Frage der Bushaltestellen bis 2021 zur barrierefreien Herrichtung. Es handelt sich hier um das angefragte Produkt, ich verzichte jetzt auf das Vorlesen der Nummern, um ein auslaufendes PSP-Element. Dieses Thema hatten wir schon im letzten Jahr bei den Haushaltsberatungen. Die Bushaltestellen werden jetzt neu im Produkt auf Seite 702 bedient, da findet sich auch ein entsprechender Ansatz.

Und die dritte eingereichte Frage, war die, na hier läuft es unter Pausenfläche des neuen städtischen Gymnasiums am Schülershof, bei uns läuft es unter Freiflächengestaltung Schülershof, weil es ja nicht originär nur Pausenhof ist, sondern funktional so hergerichtet wird, dass auch der Aufenthalt von Schülerinnen und Schülern in der Pause geeignet ist, aber es ist kein Pausenhof im Sinne von abgetrennter Bereich, eingezäunt oder ähnliches, sondern das ist hier eine Maßnahme im öffentlichen Raum. Und wir haben die Gliederung der Außenanlagen in einen Ost- und einen Westteil. Im Westteil entsteht eine Fläche, die so genutzt werden kann mit unterschiedlichen Möglichkeiten, also mit Rasen-Wege-Bau, Pflanzflächen und Baumpflanzungen als Elemente. Und Nutzung kann sein: grünes Klassenzimmer, Schulgarten, Freifläche, Hort. Und der Ostteil, also der eigentliche Schulhof oder Nutzung Schule wird in vier Teilbereiche untergliedert. Es entstehen Sportanlagen, sowie Pflastersplitt und Rasenflächen, sowie der Zugangsweg von der Heinrich-Pera- und der Bertramstraße. Das sind erstmal hier die Informationen, wobei ich im Moment nochmal rückkoppeln will. Ich glaube hier ist die Antwort für die falsche Projektgruppe geliefert worden. Also wir gucken nochmal rein. Das ist das Problem, wenn es frisch am Tag reinkommt.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Krimmling –Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Darf ich eine Nachfrage stellen, damit wir dann die richtige Antwort bekommen?

Herr Dr. Lämmerhirt

Ja.

Frau Krimmling-Schoeffler

Also, uns ging es vor allem darum, dass die im Sommer dann im vierten Jahrgang sind und der Schulhof jetzt schon aus allen Nähten platzt und wenn ich das richtig sehe, haben wir jetzt 2017 einen Ansatz gehabt, wo 100.000 wohl übrig bleiben und dann aber bis 2021 oder so nichts weiter eingestellt ist. Und deswegen war jetzt die Frage, wann die Umsetzung erfolgt und wann dann die Nutzung tatsächlich für die Schule gegeben ist.

Herr Stäglin

Aber dann fragen Sie nicht nach der Fläche am Schülershof. Mir ist hier zugearbeitet worden Schülershof. Sie fragen nach der Schule Glaucha.

Frau Krimmling-Schoeffler

Nein, ich frage nach dem neuen städtischen Gymnasium. Und das ist ja am Schülershof.

Herr Stäglin

Gut, Frau Böger. Ich habe hier eine Antwort mit Heinrich-Pera-Straße und das ist definitiv nicht am neuen städtischen Gymnasium. Frau Böger.

Frau Böger

Also, wir haben das verwechselt, weil wir bei uns über die Städtebauförderung eigentlich nur den Schulhof Glaucha finanzieren. Ihre Anfrage wäre dann eigentlich nicht hier für den Ausschuss oder für unseren Geschäftsbereich relevant, weil das müssten Sie dann über den Fachbereich Immobilien, also Geschäftsbereich III beantwortet bekommen. Weil wir haben jetzt mit dem Schulhof Schülershof nicht zu tun.

Herr Stäglin

Also, deswegen hatte ich auch gesagt am Anfang, beim irritiert sein: Wir haben eine Freiflächenmaßnahme „Schülershof“. Und das hatten wir auch hier vorgestellt im Ausschuss. Da können die Kollegen nur nochmal gucken auf welcher Seite sich die Maßnahme wiederfindet, in der Zeit, wenn ich hier überbrücke. Weil wir dort keine originäre Schulhoffläche haben, sondern im öffentlichen Raum ist die Ausstattung so konzipiert wurden, dass zum Beispiel die großen Schüler in den öffentlichen Raum gehen können und dort sich vor allem unterhalten können, sicherlich nicht rauchen werden. Und hier im öffentlichen Raum ihre Pause verbringen dürfen. Und da wird jetzt nochmal geguckt auf welcher Seite dieses Projekt sich wiederfindet.

Frau Böger

Also, das ist schon auf der Seite 483, aber da handelt es sich um die Gestaltung der Wegeflächen. Also jetzt nicht direkt um diesen Pausenhof.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, aber mir geht es genau um das, was Herr Stäglin gerade angesprochen hat. Also, das müsste sich ja dann doch irgendwo im Haushalt wiederfinden und bis wann ist dann die Umsetzung?

Frau Böger

Das ist eigentlich über den Geschäftsbereich III zu beantworten, also nicht über uns.

-Zwischenrufe-

Frau Grimmer

Also die Freiflächengestaltung die vorgestellt worden ist und die auch beschlossen worden ist, ist auf Seite 483 und die Umsetzung beginnt im nächsten Jahr.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Schied.

Herr Schied

Ich hätte mal noch eine Frage zu den Antworten der von uns eingereichten Fragen. Herr Stäglin, Sie antworten da an mehreren Stellen. Ich lese mal den Satz vor: Zum Beschluss über den Antrag zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung hat der Oberbürgermeister Widerspruch eingelegt. Das ist mir nicht bekannt.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Nach aktueller Rückkopplung auch nochmal mit dem Bereich des Oberbürgermeisters ist Widerspruch eingelegt worden. Also, das heißt es liegt jetzt beim Landesverwaltungsamt. Telefonisch Rückkopplung heute. Es gibt noch keine Antwort

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Schied.

Herr Schied

Also, ich möchte mal dazu bemerken. Der Stadtrat hat den Beschluss im August gefasst und laut Kommunalverfassungsgesetz hat der Oberbürgermeister, wenn er Einspruch gegen einen Beschluss des Stadtrates legt, das unverzüglich oder so schnell wie möglich zu tun und zwar maximal in einer Frist von 14 Tagen. Und ich hatte Sie auf den Antrag, also auf den Aspekt eigentlich schon mal angesprochen, in der letzten Sitzung des Planungsausschusses auf unseren Antrag, der ja von mehreren Fraktionen gestellt wurde und wozu es einen Stadtratsbeschluss gab und da hatten Sie einen Widerspruch und das war vor einem Monat, und zwar einen Monat nach der Stadtratssitzung nicht gesagt. Der kommt hier so völlig aus dem Nichts nach mehr als zwei Monaten. Das finde ich schon ein bisschen schräg. Ich weiß ja nicht, ob irgendwie jemand aus den anderen Fraktionen von einem Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates aus dem August schon mal erfahren hat. Also, bei uns ist nichts angekommen. Ich habe heute nochmal in der Fraktionsgeschäftsstelle nachgefragt und den gibt es nicht, Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Also, Kenntnisstand, den ich habe ist, dass der OB nachdem ja der Widerspruch eingelegt war und auch im Rat behandelt wurde und das Votum des Rates nicht verändert wurde, der Vorgang zum Landesverwaltungsamt gegeben wurde. Das heißt den Widerspruch, den hat der Rat ja schon behandelt, und nun ist der Vorgang beim Landesverwaltungsamt, da das im Bereich des Oberbürgermeisters eingereicht wird, da haben wir extra für heute nochmal rückgekoppelt wie der Termin ist. Inhaltlich kann ich Ihnen sagen, wenn das Landesverwaltungsamt die Position des Rates trägt und den Widerspruch nicht stattgibt, beziehungsweise nicht sagt, der Rat muss sich damit nochmal befassen, dann haben wir die Situation, dass wir natürlich die Zeitkette für die jeweiligen Projekte auf die dann gültige Ratsbefassung anzupassen haben. Aber wir haben jetzt Projekte, die mit Stand Sommer diesen Jahres, Juni eingereicht wurden, in den Haushaltsplan eingestellt wurden ohne den Beschluss, so dass natürlich die Zeitkette noch darauf aufbaut. Und dann, wenn der Beschluss greift, wird nachgesteuert und wird geguckt inwieweit Zeiten anzupassen sind, auch mit Blick auf Bewilligung, ob inwieweit beim Fördermittelgeber Veränderungen von Jahresscheiben erforderlich sind oder nicht.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Schied.

Herr Schied

Also, Herr Stäglin darum ging es mir gar nicht. Wir hatten uns ja im letzten Planungsausschuss darüber auch schon unterhalten und da haben wir ja auch nicht darauf bestanden, dass jetzt schon nach dem relativ frisch gefassten Beschluss verfahren wird unbedingt, weil wir das auch einsehen, dass die Verwaltung ja ein bisschen Vorlauf braucht und dass das nicht natürlich nicht geht, dass der Stadtrat einen Beschluss fasst und danach gleich alles so umgeworfen wird in kürzester Zeit. Es geht hier aber um einen anderen Aspekt, Sie oder die Verwaltung antwortet hier auf unsere Fragen „Der Oberbürgermeister hätte Widerspruch eingelegt.“ Und dann sind wir ja mittlerweile ein bisschen, ich will nicht sagen „Experten“, aber wir kennen uns mittlerweile mit Widersprüchen des OB's aus. Und es gibt einen ersten Widerspruch aus Gründen, naja ich sag mal, der soll Schaden von der Stadt abwenden will und dann gibt es einen zweiten Widerspruch aus rechtlichen Gründen und den muss ja in einer Frist erklären und es ist kein Widerspruch ergangen meines Erachtens. Ist der irgendwo anders angekommen? Den gibt es nicht, damit ist der Beschluss gültig, meines Erachtens.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Winkler.

Frau Winkler

Also, der erste Beschluss ist ergangen, dann hat sich der Stadtrat nochmal dafür entschieden und dann braucht es keinen weiteren Widerspruch. Wenn der Oberbürgermeister dem nicht abhelfen will, legt er dem den Landesverwaltungsamt vor und die müssen dann entscheiden. Ich denke so läuft es.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Ich wollte insoweit verweisen, der OB hat doch jetzt immer in seinem Bericht im Rat in der Tagesordnung den Punkt „Gibt es was Neues an Entscheidung des Landesverwaltungsamtes“ und hier hatte er beim letzten Mal gesagt „Nein es gibt noch keine neuen Entscheidungen zu eingelegten Widersprüchen.“, denen erster Schritt: OB legt Widerspruch ein, der Rat hilft dem nicht ab folglich der Haltung der Verwaltung, dann geht es zum Landesverwaltungsamt, das ist der Schritt hier.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es zum Haushalt weitere Anfragen? Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, also die Widerspruchsfrage, würde ich vorschlagen, klären wir im Hauptausschuss nochmal. Ich habe jetzt noch einige Fragen, vielleicht können wir dann einige dann auch zur Klausurtagung behandeln. Ich würde nur einige stellen, damit es nicht zu viel wird. Und zwar würde mich interessieren: Wir haben einige Projekte die einen Ansatz für 2017 haben, wo bislang aber nichts passiert ist. Zum Beispiel den Spielplatz in Büschdorf oder auch den neuen Radweg entlang der Wallendorfer Straße. Wird da dieses Jahr noch was passieren? Das ist ja alles nicht mehr lang. Was passiert dann mit den Mitteln die für 2017 eingestellt sind, die nicht verbraucht werden, die sind dann vermutlich weg? Das betrifft ja mehrere Vorhaben.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Also, zum einen, noch nicht zu sehende Bautätigkeit, heißt nicht, dass nicht daran gearbeitet wird, das heißt, da müsste schon projektgenau gefragt werden, welches Projekt gemeint ist, damit wir das entsprechend beantworten können, wie der Stand von Planung ist, so dass dann natürlich auch erste Mittel fließen. Sobald wir dann im Ausschreibungsprozess sind, dann gehen wir eine rechtliche Verpflichtung ein, dann wird die in Rücklage gebucht und kann im nächsten Jahr verwandt werden. Und so ist jedes Projekt zu gucken, wie ist der jeweilige Bearbeitungsstand und so wie die Fraktion DIE LINKE eine Vielzahl von Projekten hinterfragt hatte vom Bearbeitungsstand und der vorgesehenen Zeitkette, wäre es für uns schon hilfreich vor der Klausur bitte die Projekte zu kriegen, weil es nicht möglich sein wird, mit allen Unterlagen, die für alle Projekte notwendig, sind in der Klausur am Freitag dabei zu sein.

Herr Scholtyssek

Bekommen Sie dann schriftlich.

Zweite Frage, die Seite 460, der berühmte Rechtsabbieger Riebeckplatz/Frankestraße. Da würde ich auch hier bitten, dass sie die Formulierung abändern. Wir hatten das Problem schon bei den Städtebaufördermitteln. Der Rat hat etwas anderes beschlossen, als hier steht und ich würde darum bitten, dass Sie die Formulierungen sprechend anpassen. Es geht hier

nicht nur um die bauliche Anpassung der Eckausgründung.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Ich denke wir haben eine gute Formulierung für die Städtebauförderantragsstellung gefunden. Ich hab die Rückmeldung im Rat gesehen. Das muss entsprechend angepasst werden, ja.

Herr Scholtyssek

Das wäre schön, vielen Dank. Dann noch eine Frage. Halle-Saale-Schleife, Seite 725, da steht jetzt hier, „dass die vorhandene Straße so stark beschädigt ist, dass sie erneuert werden muss“. Beziehen Sie sich auf die Straße, die jetzt noch vorhanden ist, oder die Straße die vor dem Hochwasser vorhanden war?

Herr Stäglin

Das bezieht sich auf das Hochwasserschadensereignis, sodass natürlich auch der Zustand den sie jetzt haben durch Hochwasser geschädigt wurde, insbesondere Unterspülungen und ähnliche Aspekte, die in einem Schadensgutachten erfasst sind. Und das Schadensgutachten für die Maßnahme ist Grundlage der Bewilligung des Landesverwaltungsamtes. Wir kommen unter Punkt Elsterstraße nochmal zur Systematik der Hochwasserschadensmaßnahmen, sodass der Text hier sich auf die Schädigung durch Hochwasser bezieht.

Herr Scholtyssek

Also, es wird die Straße wiederhergestellt, die vor dem Hochwasser da war. Es gab danach ja auch andere Einflüsse, ohne das jetzt näher erörtern zu wollen.

Herr Stäglin

Ich kann jetzt nicht die einzelne Formulierung des Antrages Ihnen wiedergeben. Die hochwassergeschädigte Maßnahme wird wiederhergestellt. Eine funktionale Straße, die dann noch ordentlich befahrbar ist, soll das Ergebnis sein.

Herr Dr. Lämmerhirt

Soweit alles beantwortet. Gibt es weitere Nachfragen? Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich glaube wir hatten auch welche schriftlich eingereicht, ich werde mal durchgehen. Seite 435, da geht es um den Flächennutzungsplan. Wie ist die aktuelle Planung zur Überarbeitung des Flächennutzungsplanes? Wann soll das kommen?

Herr Stäglin

Sie haben mit dem Beschluss für das ISEK eine wesentliche Grundlage geschaffen. Die weiteren Schritte werde ich mit den Kolleginnen und Kollegen verwaltungsintern noch in diesem Jahr abstimmen. Entsprechende finanzielle Vorsorge ist insoweit im Haushalt drin, dass die Schritte, die wir für das nächste Jahr als erforderlich ansehen, abgedeckt sind durch die eingestellten Mittel.

Und wir hatten im Personalausschuss ja auch das Thema „personelle Verstärkung des Fachbereichs Planen“ durch eine Sachbearbeiterstelle genau in dem Bereich Flächennutzungsplanung.

Herr Feigl

Seite 551, da geht es um die Toilettenanlage Ziegelwiese. Soll trotz der Aufstellung der Containerlösung für die Toilettenanlage auf der Ziegelwiese eine feste bauliche Lösung hergestellt werden?

Herr Stäglich

Ja, also der Container ist eine Übergangslösung und Ziel ist, im Rahmen der Förderung für den Wassertourismus GRW-Antrag auch eine stationäre dauerhafte Lösung zu schaffen. Ich erinnere daran, dass ihre Fraktion gesagt hat: „Uns ist eine dauerhafte Lösung zu spät kommend und bitte schafft eine Übergangslösung“, genauso sind wir vorgegangen

Herr Feigl

Dann sind wir bei 553. Und zwar ÖPNV-Mittel. Für welche Bushaltestellen sind Maßnahmen vorgesehen, welche Straßenbaumaßnahmen soll mit ÖPNV-Mitteln finanziert werden und wie verteilen sich die Investitionen auf die einzelnen Vorhaben? Das müsste wahrscheinlich schriftlich gemacht werden.

Herr Stäglich

Wir haben ja für nächstes Jahr die reguläre Vorlage zur Verteilung der Mittel, der ÖPNV Mittel. Es ist wieder eine Position „Bushaltestellen“ vorgesehen. Herr Roesler im Detail oder machen wir es schriftlich?

Herr Roesler

In der Vorlage der Regionalisierungsmittel wird es wie immer diesen Punkt „Ausbau von Haltestellen“ geben. Das heißt also, er wird in diesem Jahr auch etwas aufgestockt. Ganz konkret zu Ihrer Frage, Herr Feigl. Die Antwort, ich weiß nicht, ob sie Ihnen vorliegt, ist also so, dass wir im Jahr 2018 die Haltestelle Reideburg mit 279.000 Euro ausbauen und die Haltestelle Schönwitzer/ Äußere Leipziger Straße mit 90.000 Euro ausbauen werden, für 2018.

Gleich Ihre zweite Frage. Straßenbaumaßnahmen. Ich will kurz dazu sagen, es ist ein Problem der Bezeichnung dieser Haushaltsstelle. Wir haben dort an dieser Stelle einfach versucht die gesamten Maßnahmen darzustellen und hineinzubringen, die im Zuge der Ausbaumaßnahmen von Haltestellen passieren können. Eine kaputte Bank, ein kaputttes Haltestellenschild, all diese Sachen, die damit zusammenhängen in Bezug auf eine Haltestelle des ÖPNV. Dafür gibt es diese Sache. Das heißt also, dass die Fragestellung von Ihnen „Gibt es für Straßenbaumaßnahmen ÖPNV-Mittel“ eindeutig nein. Außer Stadtbahnprogramm, das ist aber was anderes.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön Herr Roesler. Herr Feigl.

Herr Feigl

Weiter auf Seite 558, Riveufer. Wann ist mit einer Beschlussfassung für diese Bauvorhaben zu rechnen?

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglich.

Herr Stäglich

Im nächsten Jahr gehen wir davon aus. Wir arbeiten kräftig dran.

Herr Dr. Lämmerhirt

Weitere Fragen noch, Herr Feigl?

Herr Feigl

Dann Peißnitz-Nordspitze, auf Seite 563. Wann ist die Beschlussfassung dafür vorgesehen?

Herr Stäglin

Könnte ich sagen, wenn alle Abstimmungen insoweit erfolgt sind, dass mir ein Ergebnis vorliegt, dementsprechend gehe ich davon aus, dass das wenn in der vegetationsfreien Zeit, beziehungsweise sein könnte, frühestens im zweiten Teil des nächsten Jahres. Aber noch laufen die Abstimmungen, Sie kriegen eine schriftliche abschließende Antwort.

Herr Dr. Lämmerhirt

Weitere Fragen?

Herr Stäglin

Ich wollte nur drauf hinweisen, Herr Scholtyssek hat ja gesagt, Fragen kommen noch zur Haushaltsklausur. Ich wollte nur informieren, dass wir, wie eigentlich in jedem Jahr, aufgrund von aktuellen Veränderungen Bewilligungsbescheiden und Ähnliches bestimmte Punkte dann in die Haushaltsklausur als Änderungsdienst einbringen. Das sind haushaltneutrale Änderungen, beziehungsweise gerade was die ÖPNV-Mittel betrifft, durch eine Mehreinzahlung eine gewisse Veränderung, gerade bei den Haltestellen, Herr Roesler hat darauf hingewiesen, dass Sie sich nicht wundern, dass da noch mal Änderungsblätter kommen. Ist aber jetzt hier nichts was das Volumen angeht, was sozusagen nicht haushaltsneutral insgesamt geregelt ist. Also, wir haben keine zusätzlichen Eigenmittel, die hier eingespeist werden müssen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es noch Fragen? Ich sehe das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die Vorlage ab.

Als erstes die sachkundigen Einwohner, bitte um ihr Votum. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig.

Die Stadträte. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei vier Enthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis SKE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

zu 4.2 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 260 Elsterstraße
Vorlage: VI/2017/03302

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Schied

Uns interessiert mal, warum das Ding asphaltiert werden soll. Das war ja bisher immer eine Schotterstraße.

Herr Stäglich

Also, wir haben noch mal, weil wir ja auch aus dem Kreis der Bürgerschaft Fragen hier bekommen haben, beziehungsweise auch die Fraktion Fragen bekommen haben, noch mal aufbereitet, das was die Richtlinie „Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013“ regelt, ermöglicht. Und wir haben dafür, auch mit Blick auf die Vorlage mit dem Fördermittelgeber nochmal rückgekoppelt.

Wichtig ist glaube ich festzuhalten, die Förderrichtlinien sieht hier die Beseitigung von Schäden vor, die durch das Hochwasser, wild abfließende Wassersturzfut, aufsteigendes Grundwasser, überlaufende Kanalisation, Hangrutsch und unmittelbare Schäden durch Einsatzkräfte und Einsatzfahrzeuge erzeugt wurden. Sie sehen auch als Bezugsabschnitt 1.21 als Fördergegenstand in der Richtlinie. Förderfähig ist die Wiederherstellung der zerstörten oder beschädigten Anlage in der alten Form, beziehungsweise abweichend davon, wenn die Maßnahme zur Erfüllung der Anforderung des vorsorgenden Hochwasserschutzes und zur Vermeidung möglicher Schäden besser geeignet ist und im Rahmen der Schadensbeseitigung Maßnahmen der Modernisierung, soweit hierfür eine Rechtspflicht besteht oder sie zwingend erforderlich ist. Das ist sozusagen Grundlage für die Arbeitsweise, wie Projekte realisiert werden können.

Bezogen auf die Elsterstraße kann man festhalten: Wir haben eine Maßnahme, die im Rahmen des Maßnahmenplans beantragt wurde, dann konkretisiert wurde, mit dem jeweiligen Einzelantrag für die Maßnahme und entsprechend bewilligt wurde. Antrag und Bewilligung liegt ein Schadensgutachten zugrunde, welches die Kausalität zwischen den Schäden und dem Hochwasser der Flut 2013 belegte. Das liegt also vor. Wie gesagt das Landesverwaltungsamt hat da auch nochmal rückgekoppelt. Und wir haben Schäden an der Straßenkonstruktion, infolge von unmittelbarer Überflutung, aber das, was gerade der Punkt ist, nicht nur da, wo Wasser drauf stand ist sozusagen ein Hochwasserschaden eingetreten. Sondern wir haben auch die Situation aufsteigendes Grundwasser. Wir haben auch die Möglichkeit, das ist nichts unübliches, dass die außergewöhnliche Beanspruchung durch operative Gefahrenabwehr von der Witterungslage, erinnern Sie sich auch dran, wie sozusagen Einsatzfahrzeuge über die Straßen fahren mussten, Schäden zusätzlich entstanden sind. Auch das kann über die Fluthilfemaßnahmen beantragt und dann, wenn's bewilligt ist, realisiert werden dieses zu beseitigen. Nachgelagerte Aufräumarbeiten, also auch ein Punkt dabei.

Das Schadensbild in der Elsterstraße hat sich so gezeigt, dass wir Längs- und Querunebenheiten haben, mit lokaler Einschränkung durch Auswaschen der Oberfläche und Kornumlagerung im Untergrund. Und entsprechend eine Spulenbildung in der Straße, durch Überbeanspruchung. Und als Schadensbeseitigung haben wir, auch unter dem Gesichtspunkt Rückkopplung mit dem Fördermittelgeber die Asphaltbauweise als nachhaltige Ausführung vorgesehen. Das heißt also, es geht immer darum, dass es eine Kausalität zum Hochwasser gibt, dass die Maßnahme nachhaltig ist und dass sie

wirtschaftlich ist. Und wirtschaftlich heißt halt auch hier, dass ich nicht die letzten Meter, wo vielleicht nicht originäres Wasser drauf stand, auch als ordentlichen Anschluss mit herstellen muss. Das kann auch beantragt werden und ist hier auch entsprechend beantragt und bewilligt worden. Und das Thema der Asphaltbauweise erklärt sich als Nachhaltigkeitsaspekt. Das ist auch die Zielsetzung.

Es gab im Land Sachsen-Anhalt insgesamt, gerade was die Wege betrifft, wenn keine naturschutzrechtlichen Bedenken dagegen sprechen, eine grundsätzliche Zielsetzung dann auch Wege nachhaltig in Asphaltbauweise herzustellen und zu befestigen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön Herr Stäglin. Herr Schied.

Herr Schied

Mit der Nachhaltigkeit, wie habe ich das zu verstehen? Ist die Straße dann irgendwie hochwassersicher? Also, wir hatten das hier ja schon an anderer Stelle, da wird uns dann geantwortet. „Nö, die Straße ist deshalb auch nicht...“ Also, ich meine so ein Asphalt wird am Ende genauso beschädigt, wenn das Wasser im Grund hochsteigt.

Herr Stäglin

Nachhaltig schon im Sinne von der Ausführung. Das natürlich kurze kleine Überschwemmungen, andere Schäden oder wenig anrichten, denke da darf man das 100-jährigen oder was hatten wir hier, 115-jährige Hochwasser, von der Hochwassersituation 2013 nicht zur Regel erklären. Aber der Unterschied, eine wassergebundene Decke wird natürlich sofort weggespült.

Hier haben wir eine Situation in Asphaltbauweise, dass es doch nachhaltiger ist und nicht mit jedem Überschwemmungsereignis geschädigt wird.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es weitere Nachfragen? Herr Schied.

Herr Schied

Aber wenn wir wieder so ein Hochwasser bekommen, dann ist die Straße weg und dann müssen wir das ganze entsorgen, dann wird es teurer. Kann man doch so festhalten?

Herr Stäglin

Das kann man so generell nicht festhalten. Sondern sollte nochmal ein Hochwasser in der Dimension eintreten, muss dann gesehen werden, wie das Schadensbild insgesamt ist und inwieweit auch die Wiederherstellung von Verkehrsanlagen dazu führt, dass vielleicht die Schäden nicht in der Massivität eingetreten sind. Aber das ist Mutmaßung und ein Stück in die Glaskugel gucken.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ich würde mich jetzt auch nochmal ein bisschen an dem Begriff „nachhaltig“ stoßen wollen. Bei Versiegelung der Fläche und das ist dann eine asphaltgebundene Decke, würde ich zumindest so einschätzen, würde ich jetzt aus dem Bauch heraus sagen, dass die bei einem Hochwasser nicht unbedingt nachhaltiger ist, als wenn wir jetzt sagen, wir belassen die Fläche so. Aber vielleicht kann mich jemand eines Besseren belehren.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Foerster.

Frau Foerster

Also das ist so, wenn sie eine Asphaltbauweise haben, haben sie nicht nur eine andere Decke, sondern sie haben auch ein stückweit einen anderen Unterbau, der letztendlich für einen Wassereinfluss, egal ob das Wasser oben drauf steht, oder ob es auch in den unteren Tragschichten dieses Straßenaufbaus letztendlich zu Wassereinträgen, ist das halt tatsächlich stabiler und sie haben nicht diese Schäden, wie sie zum Beispiel bei einer ungebundenen Bauweise das haben.

Hier kommt dazu, dass wir natürlich eine Straße haben, oder einen Weg haben, der von der Bauweise her schon etwas älter ist. Folglich auch einen anderen Aufbau hat, als man heute zum Beispiel Straßen baut und diese Bauweisen, die alten, an dieser Stelle zum Beispiel sind, gerade was den Eintrag von Feinkornanteilen in den Unterbau betrifft sehr empfindlich, und von daher kommt es gerade bei diesen Aufbauten zu deutlichen Absackungen, wenn das Wasser dann wieder weggeht. Und das haben wir bei den neuen Asphaltbauweisen in diesem Maße nicht.

Und deswegen spricht man auch davon, dass diese Bauweise gegenüber Grundwassereinflüssen nachhaltiger ist.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Also nachhaltiger für die Bauweise, aber nicht für die Umwelt, wenn ich es richtig verstehe. Weil das Wasser kommt ja dann sozusagen auf die Asphaltdecke drauf und fließ einfach nur weg und nicht rein. Richtig? Also nachhaltiger in dem Moment für das was wir machen.

Frau Foerster

Es ist auch nicht schädlich für die Umwelt, weil unsere Straße wird von der Oberfläche her nicht so weit weggeschwemmt, wie wir das zum Beispiel bei diesen alten Oberflächen haben.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Es ist auf alle Fälle wirtschaftlich nachhaltiger, gerade beim Einsatz der entsprechenden Fördermittel und der Hinweis war ja auch, gerade in den Bereichen wo wir Schutzgüter haben, also durch das Thema Naturschutzrecht besonders hervorgehobenen Bereiche, dort ist im Sinne der Abwägung der verschiedenen Belange, dann im Naturschutz ein höherer Stellenwert beigemessen worden. Stichwort nördliche Peißnitz, die Wiederherstellung einer wassergebundenen Decke mit den Risiken, die wir auch geschildert hatten, im Sinne von „Anderer Hochwasserereignisse können die Folge haben, dass die dann eintretenden Schäden höher sind.“.

Herr Dr. Lämmerhit

Herr Schied.

Herr Schied

Soweit mir das jetzt bekannt ist, ist auf dieser Straße auch kaum Verkehr, oder liege ich da falsch?

Herr Dr. Lämmerhirt
Frau Foerster.

Frau Foerster

Ja das ist ein ganz normaler Weg, auf dem vordergründig Radfahr- und Fußverkehr stattfindet und ansonsten haben wir ja dort auch ein paar Grundstücke anliegend, sodass für diese Grundstücke der Anliegerverkehr dort stattfindet. Natürlich ist es jetzt keine Hauptverkehrsstraße, aber sie ist eben entsprechend ein Verkehrsweg, der geschädigt wurde und der auch dadurch ein Anspruch auslöst, die Schäden beseitigt zu bekommen.

Herr Dr. Lämmerhirt.
Weitere Nachfragen? Herr Feigl

Herr Feigl

Ich versuche nochmal Ihre Ausführungen, Herr Stäglin, zusammenzufassen. Sie haben jetzt kürzlich noch mal mit dem Fördermittelgeber die Thematik durchgesprochen und so ein bisschen stand ja im Raum, dass nur ein Teil der Straße überflutet war. Sie haben das jetzt nochmal ausgeführt, dass eben auch durch Rettungskräfte es zu weiteren Schädigungen gekommen ist. Das hatten Sie jetzt kürzlich mit den Fördermittelgeber so abgesprochen? Richtig?

Herr Dr. Lämmerhirt
Herr Stäglin

Herr Stäglin

Ich muss nicht das wiederholen was ich gesagt habe, Herr Feigl. Ja.

Herr Feigl

Ich hätte gerne ein Wortprotokoll von dem Tagesordnungspunkt.

Herr Dr. Lämmerhirt
Bitte schriftlich einreichen, Herr Feigl.

Weitere Fragen? Ich sehe das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die Vorlage 4.2 ab. Als erstes die sachkundigen Einwohner. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig. Die Stadträte. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der ~~Stadtrat~~ **Vergabeausschuss** beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 260 Elsterstraße entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 4.7 **Bebauungsplan Nr. 59.1 "Klinikum Kröllwitz", 2. Änderung -
Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2017/03244

zu 4.8 **Bebauungsplan Nr. 59.1 "Klinikum Kröllwitz", 2. Änderung -
Satzungsbeschluss**
Vorlage: VI/2017/03247

Herr Stäglin führte in die Vorlagen der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, warum entgegen der Stellungnahme der Straßenverwaltung Stellplätze wegfallen.

Herr Loebner antwortete, dass es sich hierbei um die zweite Änderung des Bebauungsplanes handelt und vorab schon eine Angleichung vorgenommen wurde und somit nicht gegen die Stellungnahme der Straßenverwaltung agiert wurde.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, warum eine Bewertung zum Artenschutz abgegeben wurde, wenn keine Analyse laut Umweltbericht stattgefunden hat.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Friedewald das Rederecht erteilt.

Frau Friedewald erklärte, dass sich die Feststellung aus der Bestandssituation ergibt, da nicht in die Grünflächenbereiche eingegriffen wird.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wie hoch die prozentuale Dachbegrünung der gesamten Dachfläche ist.

Herr Loebner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob Fassadenbegrünung in Betracht gezogen wurde.

Frau Friedewald antwortete, dass sich dies aufgrund der großen Fensterfläche nicht angeboten hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Vorlagen bat.

TOP 4.7:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 59.1 „Klinikum Kröllwitz“, 2. Änderung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

TOP 4.8:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 59.1, 2. Änderung "Klinikum Kröllwitz", gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 wird gebilligt.

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße 29" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03248

zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße 29" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03249

Herr Stäglin führte in die beiden Vorlagen der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Vorlagen bat.

TOP 4.3:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 176 „Landsberger Straße 29“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

TOP 4.4:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße 29", gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 wird gebilligt.

**zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1 -
Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2017/03250

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1 - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03251

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Vorlagen bat.

TOP 4.5:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

TOP 4.6:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung Teil 1, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 10.08.2017 wird gebilligt.

**zu 4.9 Fluthilfemaßnahme Nr. 115 Wiederherstellung Glauchaer Platz-
Variantenbeschluss
Vorlage: VI/2017/03264**

**zu 4.9.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Fluthilfemaßnahme Nr. 115 Wiederherstellung
Glauchaer Platz- Variantenbeschluss" (VI/2017/03264)
Vorlage: VI/2017/03567**

Herr Stäglich führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Feigl brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Eigendorf lehnte den Änderungsantrag ab und befürwortete die vorgeschlagene Variante der Verwaltung.

Er fragte, wie oft es durchschnittlich zu einem Rückstau kommt, inwiefern die Gefahr besteht, dass die Verwendung der Mittel vom Land beanstandet werden, ob es Alternativen zur Deckung gibt und wie hoch die Leistungsfähigkeit des Rechtsabbieger in der durchschnittlichen Ampelschaltung sein wird.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Krüger das Rederecht erteilt.

Herr Krüger antwortete, dass inklusive der vielen Baustellen kein aktuelles Zahlenwerk zur Rückstaubildung vorliegt. Zahlen aus dem Vorfeld sind bekannt, die belegen, dass es Stauerscheinungen gibt, bis in den Straßenbahnbetrieb am Künstlerhaus.

Eine Alternative besteht darin, dass der Rückstau mit technischen Mitteln erfasst wird. Dies wird aktuell geplant, da bei der Beantragung von Fördermitteln nachgewiesen werden muss, dass eine Verbesserung der Staurückbildung erfolgt.

Frau Foerster ergänzte, dass die vier Aufstellplätze des Rechtsabbiegers die Verkehrsbelastung um einige Sekunden minimieren.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wenn das Ergebnis der technischen Rückstaubildung keine Verbesserung ergibt, ob dann Fördermittel zurückgezahlt werden müssen.

Herr Krüger bejahte dies.

Herr Scholtyssek warb um Zustimmung der Vorlage.

Frau Krimmling-Schoeffler teilte mit, dass ÖPNV-Mittel lieber für andere Sachen eingesetzt werden sollten, als Abbiegerspuren zu finanzieren.

Herr Stäglin sagte, dass die Notwendigkeit gegeben sein muss, dass der Effekt sich positiv auf den ÖPNV auswirkt.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, warum keine Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten vorliegt.

Frau Foerster antwortete, dass dies nicht erforderlich war.

Herr Feigl fragte, warum dies nicht erforderlich war.

Frau Foerster antwortete, da sich für die Fahrradfahrer kein längerer Weg ergibt.

Herr Keck fragte, ob die Entlastung durch die zusätzliche Abbiegespur erforderlich ist, wenn ein normales Verkehrsaufkommen ohne Baustellen vorhanden ist.

Frau Foerster antwortete, dass die Geradeausspur in Verbindung mit den Rechtsabbiegern die deutliche Lastspur ist und auch im normalen Verkehrsaufkommen bestehen bleibt. Daher wird sich durch die zusätzliche Rechtsabbiegespur eine Entlastung auch im Normalbetrieb einstellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass Herr Dr. Lämmerhirt um Abstimmung des Änderungsantrages bat.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Punkt 1 der Beschlussvorlage erhält folgende Fassung:

„Die Variante 1 zur Wiederherstellung des Glauchaer Platzes (Hochwasserschadensbeseitigung) wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.“

Herr Dr. Lämmerhirt bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Die Variante 2 zur Wiederherstellung des Glaucher Platzes mit zusätzlichem Rechtsabbieger aus der Glauchaer Straße wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die Planung fortzuschreiben und ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG
Vorlage: VI/2017/03269

zu 5.1.1 Änderungsantrag zum "Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung von Haltestellen der HAVAG" (VI/2017/03269)
Vorlage: VI/2017/03569

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Peinhardt

Also, das Thema ist jetzt mehrfach schon von uns eingebracht worden. Es liegt ja bis dato noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor, weswegen wir auch dann nochmal das

Thema heute hier erörtern würden. Des Weiteren sind auch die Vertreter von der HAVAG da, die glaube ich, zu der ganzen Thematik viel beitragen können. Deswegen würde ich da jetzt mal direkt weiterleiten. Eine kleine Ergänzung zu unserem Antrag noch. Bei der Haltestelle „Hufeisensee/Golfpark“ würden wir die Haltestelle wirklich nur „Hufeisensee“ nennen wollen und den Namenszusatz Golfpark dann in dem normalen Verfahren, wie es Investoren machen können oder Anlieger machen können, dann einfach den Namenszusatz per Ansage käuflich erwerben oder so ähnlich ist das ja vorgesehen. Danke.

Herr Dr. Lämmerhirt

Danke Herr Peinhardt. Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Ja, Herr Peinhardt, die Stellungnahme der Verwaltung kommt auf alle Fälle zur Ratssitzung, so ist sie entsprechend auch vorbereitet. Lassen Sie mich an der Stelle sagen, aus welchen Gründen wir als Verwaltung die Zustimmung nicht empfehlen.

Bezüglich des ersten Punktes. Sie haben ja die Veränderung vorgenommen, mit einer Formulierung Hauptbahnhof/Genscher Platz. Wenn wir den Hauptbahnhof als Ziel haben, von Fahrgästen, ist es eigentlich erstmal primär der Wunsch, zum Hauptbahnhof zu kommen und nicht zu einer separaten Kennzeichnung der unterschiedlichen Bahnsteige. Und dementsprechend hatten wir auch, die HAVAG hat ja, glaube ich im Kulturausschuss, Beispiele mal gezeigt, von anderen Straßen, wie auch das Thema Erreichbarkeit und klare Erreichbarkeit und klare Nennung gekennzeichnet wird. Da ist der Hauptbahnhof eindeutig, hier sogar die andere Variante, klar zu erkennen.

Die Variante „Hauptbahnhof/Genscher Platz“ vorzunehmen, was ja die Änderung jetzt war, CDU/FDP-Fraktion, wird aus Sicht der Verwaltung auch abgelehnt, weil wir als Platzbenennung den Platz Hans-Dietrich-Genscher-Platz genannt haben und keine Verkürzung. Und wenn wir einen Straßennamen haben, sollten wir auch zur Auffindbarkeit den wirklichen Straßennamen wählen. Sie sehen an dem Display, da wäre Hans-Dietrich-Genscher-Platz von den Buchstaben schwer zu integrieren. Lassen Sie mich ein Beispiel, ein guter praktischer Hinweis, der die Frage „Was bringt eine solche Benennung?“. Wir haben mal ausgedruckt, können wir auch jeder Fraktion mitgeben, das was in jeder Straßenbahn zu sehen ist. Die Übersicht und da ist gebündelt, unabhängig davon welche Linie und an welchen Bahnsteig die Straßenbahn ankommt „Der Hauptbahnhof“ eindeutig klar auffindbar, ohne jeden Zusatz. Weil sonst fangen Sie an, Ernst-Kamieth-Straße oder ähnliches zu überlegen ob es kennzeichnet.

Daher der Punkt eins, klares Plädoyer, Hauptbahnhof ist eindeutig aufzufinden. Der Hinweis ist sicherlich sinnvoll, dann auch noch mal zu gucken, mit der Deutschen Bahn AG, wenn die Umbaumaßnahmen Hauptbahnhof durch sind, das Wegesystem vom Hauptbahnhof zum Hans-Dietrich-Genscher-Platz entsprechend kenntlich zu machen im Bahnhof, um die Würdigung an der Stelle auch noch mal zu verdeutlichen.

Bezüglich des Hufeisensees wäre eigentlich eine Bushaltestelle im Netz der HAVAG die nächstgelegene Haltestelle zum Hufeisensee. Also auch dort ist aus unserer Sicht die klare Benennung in der Systematik nächstliegende Straßen, Straße findet sich als Benennung der Straßenbahnhaltestelle wieder. Die bisher bekannte Alfred-Schneider-Straße ist die sinnvolle Benennung.

Und beim dritten Vorschlag empfehlen wir die Ablehnung, weil wir darauf Bezug nehmen, als wir gemeinsam mit Ihnen über Stadtviertelbenennung gesprochen haben, auch ganz bewusst gesagt haben, das Waldstraßenviertel findet sich derzeit nicht im Sprachgebrauch wirklich wieder in der Stadt, sondern es ist im Moment ein klarer Vermarktungsname. Ein Vermarktungsname für ein Wohnungsbauprojekt und deswegen halten wir auch den

Wilhelm-Koenen-Ring auch als eingebürgerten bekannten Namen für sinnvoll und nicht jetzt einen Vermarktungsnamen zu übernehmen. Wir wissen nicht, wie es sich weiterentwickeln und wie es in 10, 20 Jahren ist, aber im Moment ist es, wenn sie auch googeln, der erste Weg, sie landen beim Bauprojekt und dementsprechend auch klar die Auffindbarkeit die Straße zu wählen.

Herr Schied

Also wir hatten das Thema, ich war zufälligerweise im letzten Kulturausschuss, da waren Sie ja auch da, oder? Da ist das alles schon gesagt worden und auch zu den Kosten ist was gesagt worden. Und sie beharren immer weiter auf diesen, ich muss mal sagen, auf diesen, ich will nicht sagen schwachsinnig. Das ist nicht, ich weiß nicht, nicht ernsthaften Antrag. Ich kann diesen Antrag überhaupt nicht ernst nehmen. Es gibt kein Waldstraßenviertel, es gibt keinen Genscher Platz. Ich weiß auch nicht, was das mit dem Hufeisensee soll. Also der Weg von der Haltestelle bis zum Golfpark, also ich weiß ja nicht, die, ich golfe ja nicht, aber die Schläger sind auch nicht leicht und, es ergibt alles überhaupt keinen Sinn. Ich habe langsam den Verdacht, dass hier irgendwie, ich weiß nicht, machen sie das zum Spaß und sie beschäftigen uns über Monate mit diesen, ich möchte sagen Satireantrag, kann man das Ding nennen und sie kriegen Antworten, sie bekommen Antworten von der Verwaltung, die haben sie alle schon bekommen. 50.000 € kostet das im, also mindestens. Ziehen sie diesen Blödsinn endlich mal zurück. Also es kann doch nicht wahr sein. Wir beschäftigen uns auch mit ernsthaften Sachen, müssen wir uns jetzt monatelang mit diesem Quark beschäftigen. Es wird Zeit diesen Kram mal zurückzuziehen. Was sie jetzt hier gehört haben, haben sie alles schon gehört.

Herr Dr. Lämmerhirt

Wir befinden uns hier in einem demokratischen Gremium, wo jeder einen Antrag stellen kann, Herr Schied, und das ist das Recht jeder Fraktion und jeden Stadtrates, und das als Unsinn abzutun, finde ich auch nicht so gut. Nicht weil es von meiner Fraktion kommt, ich denke, das hat was mit Respekt zu tun, auch des Umgangs miteinander. Herr Peinhardt.

Herr Peinhardt

Ja also, Herr Schied, ich bitte Sie auch noch mal ganz inständig ihre Wortwahl zu überdenken. Satireanträge, das ist ihre Spezialität Das haben wir ja schon gesehen. Das war wirklich Schwachsinn Das hat ja auch das Rechtsamt bestätigten müssen und ich werde darüber diskutieren. Das Sie noch nicht alles wissen, wird Ihnen gleich die HAVAG erklären und deswegen würde ich jetzt bitte darum bitten, Herrn Krüger oder Herrn Rösel das Wort zu erteilen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Ich würde vorschlagen, dass Herr Krüger erstmal ein paar Worte diesbezüglich verliert und dass wir dann weiter drüber diskutieren.

Herr Schied

Ich muss nur darauf kurz eingehen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Nee, wir machen jetzt erst Herr Krüger und dann können Sie darauf reagieren Herr Schied, o.k. danke. Herr Krüger, Sie haben das Wort.

Herr Krüger

Ja also, es steht uns sicher nicht zu, jetzt hier zu werten, ob das richtig oder falsch ist. Also wir haben Empfehlungen gegeben, was es für Auswirkung hat und sie sehen es an der Anzeige, man kann vielleicht auch einen Kompromiss machen, denn die Kosten, wir haben sie nochmal aufgestellt, wenn das im Rahmen des Fahrplanwechsels passiert, den wir jetzt

am 15. Januar durchführen, dann werden die Kosten nicht so hoch sein. Wir haben ermittelt, dass wir am Hauptbahnhof ca. Kosten haben, weil es eine Endhaltestelle ist, eine der Linien und wir müssen natürlich dafür ändern. Es ist nicht nur ein Haltestellenschild Es ist nicht nur die Anzeige. Es ist nicht nur die Linienverlaufsanzeige, die gezeigt wird. Wir müssen also die Datenbasis ändern in dem Auskunftssystem. Das ist also unser Auskunftssystem EasyGo/INSA in Magdeburg und wir müssen viele Dinge im Hintergrund bearbeiten und das ist dann doch relativ große Summen zusammen kommen. Also am Hauptbahnhof ist es relativ viel. Da legen wir da lieber 20.000,00 € drauf, trotz Fahrbahnwechsel, weil wir was anderes wollten. Bei den Haltestellen in der Delitzscher Straße und was die Wilhelm-Koenen-Straße angeht, da liegen wir so um die 4.000,00 €. Das ist nicht so erheblich, weil dort, das sind Durchfahrthaltestellen, die sind nicht so aufwendig.

Aber die Frage steht, unter dem Hintergrund, was ist das für ein Effekt, bringt das Marketing. Vielleicht kann man sich über ein Kompromiss auch einigen. Wir haben da noch eine Möglichkeit auch Ansagen machen zu lassen oder andere Information. Bloß wie gesagt, uns steht das nicht zu jetzt hier zu urteilen. Und ich denke der Stadtrat sollte da fachlich, gründlich das bewerten, vielleicht ist auch für verschiedene Sachen die Zeit nicht reif. Waldstraßenviertel wird sich vielleicht etablieren. Ich weiß es nicht, aber wir können nur neutral antworten, technisch machbar ja, Erkennbarkeit schwierig, denn bei solchen langen Namen und vielleicht gibt es andere. Vielleicht sollte man nochmal auf anderer Ebene das besprechen und über andere kommunikative, denn ich denke, das ist eine Kommunikation nach außen, dass man bestimmte Dinge bekannt machen will, vermarkten will und da gibt es ja noch die Möglichkeit des Investors sich da einzubringen.

Wenn noch Fragen sind, gerne.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön Herr Krüger, Herr Schied.

Herr Schied

Vielleicht können Sie dem Herrn Peinhardt nochmal erklären, warum der Änderungsantrag abgelehnt wurde. Hat mit Satire überhaupt nichts zu tun gehabt.

Herr Dr. Lämmerhirt

Wer soll das erklären jetzt? Gut Herr Eigendorf und dann Herr Feigl, dann.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Nach den Ausführungen der Stadtverwaltung und dem was sie auch nochmal ergänzt haben, sind wir, glaube ich, in unserer Fraktion der Meinung, dass zumindestens die Punkte eins und drei nicht zustimmungswürdig sind. Bei dem Punkt zwei sieht das anders aus, dadurch, dass sie sich jetzt entschieden haben den Golfpark da explizit heraus zu nehmen, ist es zumindest eine Überlegung wert. Gerade weil ja der Hufeisensee auch vor dem Hintergrund anderer Projekte die es da noch gibt, eben nicht nur auf den Golfpark selber beschränkt, sondern als Freizeitareal gedacht ist. Der Weg zum See selber bzw. im Golfpark ist schon ein Stück, wenn man sich das anschaut, wie weit die Entfernung ist zwischen der Haltestelle und dann sozusagen dem beginnenden Rundweg, ist das schon eine Nähe, die das zumindestens möglich machen würde, die Benennung.

Was mich jetzt interessieren würde, wäre vor dem Hintergrund, dass sie ausgeführt haben, dass für die Maßnahme Hufeisensee dort 4.000 € anfallen würden, ist das ganze Thema Deckung. Sie schlagen ja als CDU-Fraktion, CDU/FDP-Fraktion vor, dass man das aus den prognostizierten, kommunalen Minderausgaben für den nächsten Haushalt im Bereich Personalaufwendungen nimmt. Und da hätte ich gerne noch eine Einschätzung der Stadtverwaltung, was so eine Deckung in der Höhe bedeuten würde.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Feigl

Herr Feigl

Ja, ich würde auch ganz gern noch eine Anmerkung zu unseren Antrag machen, warum er nicht auf der Tagesordnung ist, er ist aus formalen Gründen abgelehnt worden, weil offensichtlich die Mehrheit des Ausschusses der Meinung war, er zeige eine Abänderung.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Feigl, dazu sprechen wir jetzt derzeit nicht mehr. Sie können zu dem normalen Antrag.

Herr Feigl

Eine Abänderung des gesamten Themas.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Feigl. Herr Feigl. Bitte **nur** zu dem Antrag sprechen der derzeit noch auf der Tagesordnung ist. Ihr Antrag, der Änderungsantrag ist von der Tagesordnung. Ich würde Sie darüber bitten und auch wenn ich spreche diesen Respekt mir zu zollen und mir zuzuhören und nicht dazwischen zu sprechen. Ich mach das bei Ihren Ausführungen auch nicht. Dankeschön.

Herr Feigl

Ich würde mich freuen, wenn Sie es bei meinen Ausführung auch nicht machen würden.

Zu dem vorliegenden Antrag, also am Anfang kam mir das auch so ein bisschen wie Satire vor. Da muss ich Herrn Schied durchaus Recht geben. Weil es, weil doch die drei, also alle drei Vorschläge irgendwie gar nicht so recht zusammenzupassen scheinen. Also das mit diesen Genscher Platz haben wir ja jetzt auch schon durchdekliniert, das es ja Hans-Dietrich-Genscher-Platz heißt und die, die Schwierigkeit, dass man an der Stelle doch einiges an Haltestellen hat und die Zuordnung dann durchaus eher schwierig ist, mit dem Vorschlag was die CDU vorgeschlagen hat.

Noch mehr Probleme habe ich mit der Alfred-Schneider-Straße. Denn das, was sie eigentlich wollen, hätte eigentlich eine Station weiter stadteinwärts passieren müssen. Grenzstraße, das ist die Haltestelle, die am nächsten am Hufeisensee dran ist und es ist und es ist vor allen Dingen auch die, die am nächsten am Golfplatz dran ist. Also wenn ich sozusagen mit der Golf tasche, ist schon mal angesprochen worden, wenn ich da bis zur Alfred-Schneider-Straße gefahren bin, da hab ich aber ziemliche Probleme, um dann sozusagen den Golfplatz zu erreichen.

Das Waldstraßenviertel, was eben auch nicht wirklich existiert, in keinen Stadtplan, in keiner, wurde auch schon genannt. Also mir kommt es eben auch so vor, als ob hier ein bisschen Satire gemacht wird. Wir wollten ganz gerne einen ernsthaften Vorschlag dagegen setzen, wurde hier nicht angenommen. Also ich finde den Antrag der CDU ist einfach nur in der vollen Gänze abzulehnen. Danke.

Herr Dr. Lämmerhirt

Danke Herr Feigl. Frau Waas.

Frau Waas

Also ich wollte zu dem ersten Punkt nochmal was sagen, am Hauptbahnhof. Und zwar, ob das jetzt Hans-Dietrich-Genscher-Platz heißt, oder vielleicht auch anders, aber es sind Straßenbahnfahrer und ich würde es einfach begrüßen, wenn man die beiden Haltestellen, die es dort gibt, zumindestens unterscheiden könnte. Als Ortskundiger ist das manchmal ein bisschen schwierig, wenn man sich orientierten will, wie steige ich um, wo komme ich an u.s.w. wenn es einfach nur oben und unten ist, also einfach eine Unterscheidung zwischen

diesen beiden Punkten, weil die doch durch relativ viel Gefälle auseinander liegen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Ich denke, das ist eine Anregung, die man soweit mitnehmen kann, dass man nochmal guckt, ist die Ausschilderung im Hauptbahnhof zu den Bahnsteigen richtig. Ansonsten ist ja im Display, das in beide Richtung zeigt, sowohl Ausgang Ernst-Kamieth-Straße, was sie oben sehen, als auch in der Haupthalle, immer gekennzeichnet, welche Bahnsteigsbezeichnung A,B,C,D die entsprechende Straßenbahn fährt. Das kann man sicherlich, Herr Roesler hat schon genickt, überprüfen, ob der Übersichtsplan, wo ist Bahnsteig D, alles sofort erkennbar ist. Das wäre eine Anregung, die wir mitnehmen, denke aber nicht, dass es zu einer Änderung der jeweiligen Zielbezeichnung bzw. Netzspinne führt.

Frau Waas

Nur ganz kurz dazu, Entschuldigung. Ich meine auch mehr als Straßenbahnfahrer, wenn ich einfach umsteigen will, ist es manchmal ein bisschen schwierig sich zu orientieren, wenn man das nicht tagtäglich macht. Wo komm ich da an, da oben oder da unten, wo steig ich dann wieder ein, das ist eigentlich alles. Darum, ich fänd es schon ein bisschen hilfreich.

Herr Dr. Lämmerhirt

Danke Frau Waas, Frau Krimmling-Schoeffler, dann Herr Peinhardt.

Frau Krimmling-Schoeffler

Also meine Herren und es sind wirklich nur die Herren gerade, ich würde mich wirklich freuen, wenn sie das Ganze ein bisschen konstruktiv gestalten würden. Was wir bisher in diesem Ausschuss auch immer geschafft haben und Herr Peinhardt, wir haben nichts Neues erfahren. Also auch im Kulturausschuss wurde Anfang Oktober gesagt, die Haltestellenumbenennung kostet zwischen fünf und 25.000 € pro Haltestelle. So gut, jetzt sind wir bei 4.000 ist ein bisschen drunter unter 5.000, aber das ist nicht wirklich neu. Weil es sind dann doch insgesamt 28.000 und bei 25.000 hatten wir angefangen im Kulturausschuss drüber zu reden.

Und ich möchte inhaltlich hier auch gar nichts mehr sagen dazu, weil, also ich finde es schon schlimm genug, dass wir hier so eine Debatte mit solchen persönlichen Befindlichkeiten jetzt am Ende haben.

Herr Dr. Lämmerhirt

Danke Frau Krimmling-Schoeffler, Herr Peinhardt.

Herr Peinhardt

Frau Krimmling-Schoeffler, die persönlichen Empfindlichkeiten haben Sie nicht ins Spiel gebracht, dazu. Im letzten Kulturausschuss wurde gesagt, es kostet zwischen, im letzten Kulturausschuss, wo sie nicht da waren, wurde zwischen, von einem Betrag zwischen 81 und 50.000 € in einem konkreten Angebot gesprochen. Ich denke, da war die Klärung heute nochmals sehr nötig. Ja, das wissen sie jetzt, deswegen ausreden lassen die Leute. Beruhigt.

Zum Thema Haltestelle Genscher Platz, ob das jetzt nun Hans-Dietrich-Genscher-Platz ist oder der Genscher Platz. Ich glaube, das fühlt sich der Herr Hans-Dietrich Genscher nicht auf die Füße getreten, wenn man seinen Vornamen weglässt, an der Stelle. Das ist dann auch, glaube ich, immer noch eine korrekte Bezeichnung. Es trägt zur Differenzierung der zwei Straßenbahnhaltestellen, denke ich mal, bei. Man könnte dann noch die obere Haltestelle noch nach der Ernst-Kamieth-Straße benennen. Das wurde auch von Teilen der

HAVAG begrüßt diese Idee, weil es wirklich zu Verwechslungen kommt. Weil in der Easy-Go-App gibt es den Hauptbahnhof, das sind beide Straßenbahnhaltstellen. Es gibt den Hauptbahnhof Zug Das ist der Bahnhof für die großen Züge und dann gibt es noch Hauptbahnhof ZOB. Also wir haben da jetzt schon drei Hauptbahnhöfe. Wenn man jetzt noch die zwei wirklich wichtigen Unterscheidungen, gerade wenn man umsteigt, ansonsten steht man nämlich an dem falschen Platz und sieht dann nur noch die Bahn wegfahren, würde es wirklich zur Klärung beitragen. Ich weiß nicht, ob das Herr Krüger von der HAVAG auch noch mal vielleicht unterstreichen könnte einfach.

Zum Thema Waldstraßenviertel. Ja, es ist noch kein Stadtviertel, weil es ein sehr junges Viertel ist. Von den Anwohnern aus dem Viertel spricht man vom Viertel Waldstraßenviertel und irgendwann kann man so einen Namen etablieren, muss man etablieren, muss man auch nicht etablieren. Wir dachten, es ist für 4000 € eine angemessene Würdigung dieses Viertels. Dass es einen Namen hat, der von einem Investor gegeben wurde für ein Bauprojekt ist so. Der kann das Projekt schlecht nach einen B-Plan benennen, das ist dann auch nicht zielführend. Da der Haltestellenumbenennung jetzt den Strick draus zu drehen, finde ich nicht in Ordnung, aber soweit meine Ausführungen zur Thematik.

Ich wünsch mir die Zustimmung für wirklich alle drei Punkte, weil es ist und wird hier unterstellt, dass da, ich weiß nicht wie ich es richtig ausdrücken soll, dass da wahnsinnige Beweggründe für uns im Hintergrund stehen. Das ist es nicht. Es war wirklich um die Haltestellen so zu verorten, dass es für den Bürger einfacher wird. Alles andere ist dann wirklich Unterstellung. Vielen Dank.

Herr Dr. Lämmerhirt
Herr Eigendorf

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender, ich wollte nur nochmal sagen, also ich beantrage namens meiner Fraktion die Einzelabstimmung der Punkte, das wir das nochmal fürs Protokoll haben und die zweite Frage, die ich habe, bezieht sich nochmal auf die Deckung. Da wär ich nochmal dankbar, wenn die Verwaltung das noch mal einschätzen würde. Mit der globalen Minderausgabe für die Personalaufwendung. Was das konkret heißt Da hätte ich gern nochmal eine Erläuterung.

Herr Dr. Lämmerhirt
Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Das heißt, dass sie im Moment bezüglich der Haushaltszahlen einen Ansatz doppelt verplanen, weil die pauschal Minderausgaben im Personalbereich dienen ja beim Grundgerüst für den Haushalt schon für die Gesamtfinanzierung. Deswegen ist es ja eine Pauschale und nicht in den jeweiligen Geschäftsbereichen verortet, sondern zentral im GB I und das ist Grundlage fürs Feingerüst wie der Kämmerer sozusagen das Tableau aufstellt und damit haben sie das, was sie jetzt vorschlagen als Deckungsquelle, schon im Zahlenwerk heute bestätigt, unter dem Tagesordnungspunkt 4.1. Und steht somit nicht mehr zur Verfügung.

Herr Dr. Lämmerhirt
Danke Herr Stäglin, Herr Peinhardt.

Herr Peinhardt

Vielleicht als Ergänzung zu dem was Herr Stäglin gesagt hat. Ja globale Minderausgabe ist ein Haushaltsansatzpunkt, der wurde allerdings auch nach Aussage im letzten Personalausschuss zu niedrig angesetzt und der wird definitiv höher ausfallen. Das wird ihn

niemand unterschreiben, das wird ihn auch Herr Geier auch nur auf dem Gang bestätigen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Ich sehe keine weiteren Folgen. Dann würde ich gerne hier an dieser Stelle über die einzelnen Punkte des Antrags abstimmen lassen.

Wir beginnen mit dem Punkt eins die Abstimmung diesbezüglich, als erstes die Sachkundigen

Herr Krüger

Herr Vorsitzender eine kurze Bemerkung zu den zweiten Punkt Hufeisensee. Ganz kurz dazu die Grundidee ja Golfplatz und ähnliches, aber ich bitte hier an dieser Stelle noch eins zu beachten. Es handelt sich bei der Alfred-Schneider-Straße ebenfalls um eine Endstelle der HAVAG. Das heißt also, wir haben an dieser Stelle einfach die Situation ja, wenn man mal ein paar E-Linien benutzt, kriegt man das raus, das wir also die Situation hätten, wir würden heute im Prinzip im Straßenbahn-Ziel-Film, dort wo jetzt Hauptbahnhof steht, Hufeisensee stehen haben und ich muss ganz ehrlich sagen, wir haben die Situation, wir haben uns das angesehen, nochmal zum Verständnis. Wir reden von über 800 m an dieser Stelle die wir bis zum Rundweg des Hufeisensees haben.

Es gibt durchaus Haltestellen, auch Bushaltestellen, in der Stadt, Käthe-Kollwitz-Straße und andere Bereiche, wo wir die nähere Beziehung, selbst in Kanena wo ich die nähere Beziehung zum Hufeisensee habe und das soll aus unserer Sicht auch nicht dem Naherholungssinn des Hufeisensees widersprechen. Aber wir sollten bitte an dieser Stelle aufpassen, ob wir mit so einer Namensänderung nicht vielleicht sogar mehr durcheinanderbringen bei unseren Gästen der Stadt, als wir sonst erreichenden, denn, nur mal zum Verständnis. Wenn wir sagen Hufeisensee und ich steige dort aus und möchte zum Hufeisensee, wissen sie, 800 m bis zum Rundweg. Und da bin ich ja noch nicht am See, da fang ich an diesen See mir zu erschließen. So weit dazu.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön, Herr Schramm.

Herr Schramm

Der Antragsteller hat doch gesagt, Herr Peinhardt, dass es keine tief greifenden entscheidenden Gründe gibt, das zu tun, also lassen wir's, danke.

Herr Dr. Lämmerhirt

So, jetzt schreiten wir weiter voran in der Abstimmung. Wir wollen über den Punkt eins als erstes abstimmen der Vorlage, als erstes die sachkundigen Einwohner, bitte um ihr Votum., Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt. Dann die Stadträte, Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich der Punkt eins abgelehnt.

Wir machen weiter mit Punkt zwei, die sachkundigen Einwohner. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt. Die Stadträte, wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt. Die genauen Zahlen. Nochmal die Stadträte, wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt drei ab, die sachkundigen Einwohner, wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt. Dann die Stadträte, wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer hält sich? Mehrheitlich auch Punkt drei abgelehnt.

-Wortprotokoll Ende-

TOP 5.1.1:

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„Nachfolgende Haltestellen der HAVAG werden mit dem nächsten Fahrplanwechsel wie folgt umbenannt:

1. ~~Hauptbahnhof (Haltestelle 4, 7, 9, 12) in Hauptbahnhof — Hans-Dietrich-Genscher-Platz~~
Hauptbahnhof (Standort Delitzscher Str.) in:
Hauptbahnhof/Genscher-Platz
Hegelstr. in:
Hegelstr./ GIG
2. ~~Alfred-Schneider-Str. in:~~
Hufeisensee/Golfpark
Zoo in:
Zoo/ Reil78
3. ~~Wilhelm-Koenen-Ring in:~~
Waldstraßenviertel
Saline in:
Saline/ Hasi“
Stadtrat Fraktion DIE LINKE

TOP 5.1:

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung:

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Nachfolgende Haltestellen der HAVAG werden mit dem nächsten Fahrplanwechsel wie folgt umbenannt:

1. ~~Hauptbahnhof (Haltestelle 4,7,9,12) in Hauptbahnhof — Hans-Dietrich-Genscher-Platz~~

 Hauptbahnhof (Standort Delitzscher Str.) in:
 Hauptbahnhof/Genscher Platz

2. Alfred-Schneider-Straße in:
 Hufeisensee/Golfpark

3. Wilhelm-Koenen-Ring in:
 Waldstraßenviertel

Die Deckung erfolgt aus den durch die Verwaltung prognostizierten globalen Minderausgaben im Bereich der Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2018.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reparatur des Radweges im Böllberger Weg
 Vorlage: VI/2017/03295**

-Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ein Wortprotokoll angefertigt.-

Herr Feigl

Wir hatten ja die Diskussion im letzten Planungsausschuss und Sie haben ausgeführt, dass Sie im Anschluss der Baumaßnahme ohnehin die Fläche begutachten und die entsprechenden Schäden beheben. Ich würde ganz gerne nochmal nachfragen.

Die Schäden die vorhanden sind, oder die Schäden die durch die Baumaßnahme entstanden sind?

Herr Stäglich

Also, direkt einem Verursacher zuzuordnende Schäden soll dann auch der Verursacher beseitigen und auf seine Kosten beseitigen. Wir werden nach der Durchführung der Baumaßnahme die Situation vor Ort begutachten. Wenn wir im Rahmen der baulichen Unterhaltung, also im Geschäft der laufenden Verwaltung, die notwendigen Schäden beseitigen können vom Umfang, dann werden wir es machen. Das ist hiermit zugesagt im Rahmen des Budgets. Wenn die Schäden am Radweg originär wie sie jetzt sind, weiterhin so gravierend sind oder normalen Verschleiß so verschlechtert ist, das wir keine Unterhaltungsmaßnahme einsetzen können, sondern daraus eine Maßnahme im Finanzplan wird, dann werden wir sie als Projekt anmelden. Und dann wird im Rahmen der Haushaltsberatung entschieden werden. Ich hoffe, es bleibt dann im Rahmen der Unterhaltung und wir kriegen es so behoben und gestemmt. Und dementsprechend gäbe es für den Antrag keine Grundlage mehr.

Herr Feigl

In diesem Sinne würde ich dann das im Protokoll so festgestellt sehen wollen. Und würde den Antrag zurückziehen. Danke.

-Wortprotokoll Ende-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Im Zuge der Baumaßnahme „Ausbau Böllberger Weg Süd/Südstadtring“ werden die Radwege in beide Fahrrichtungen im Bereich zwischen der Einmündung der Max-Lademann-Straße und der Haltestelle „Wiener Straße“ repariert.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wegebeziehungen für den Fuß- und Radverkehr im Bereich Peißnitzinsel – Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2017/03391**

Herr Feigl brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Foerster nahm im Namen der Verwaltung anhand einer Präsentation Stellung.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Dr. Fikentscher regte an, dass die einbringende Fraktion, nach den Ausführungen der Verwaltung, den Antrag zurückzieht.

Herr Feigl teilte mit, dass bei vergangenen Baumaßnahmen nicht immer auf die Belange der Fuß- und Radfahrer geachtet wurde.

Herr Stäglich bat um Nennung der entsprechenden Baumaßnahmen.

Herr Feigl sicherte eine Auflistung für Herrn Stäglich zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, während der Sanierungs- und Neubauarbeiten im Rahmen der Projekte „Straße Gimritzer Damm“, „Hochwasserschutzanlage Gimritzer Damm“, „Festplatz“ und „Halle-Saale-Schleife“ in den Jahren 2018 – 2020 angemessene und gut benutzbare Übergangslösungen für den Fuß- und Radverkehr zwischen der Peißnitzinsel und dem Stadtteil Halle-Neustadt zu gewährleisten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Dieseltreffen

Herr Stäglich informierte, dass das BMVI die Förderrichtlinie „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ mit einem Sonderprogramm zur „Förderung der Erstellung von Masterplänen“ herausgegeben hat. Dazu wurde ein Antrag erstellt und eingereicht.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zur Machbarkeitsstudie Fahrradparkhaus

Herr Stäglich informierte, dass aktuell an der Endfassung der Machbarkeitsstudie für das Fahrradparkhaus gearbeitet wird, um in die Haushaltsklausur die Planung, Grafik und Zahlen einspeisen zu können.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krimmling-Schoeffler zu Konfliktpunkten für Radfahrer in Dölau

Frau Krimmling-Schoeffler berichtete, dass es am Knoten Dölauer/ Nordstraße, vor einiger Zeit, zu einem tödlichen Unfall für eine Radfahrerin kam. Davon abgesehen wird der weitere Straßenverlauf der Nordstraße Richtung Heide-Nord für Radfahrende als gefährlich wahrgenommen (leichte S-Kurve mit Straßenverengung; Knoten Wald-/Nordstraße ohne Abbiegespur; Radfahrende auf der Fahrbahn).

Sie fragte:

1. Was ist bei dem Unfall genau passiert?
2. Wie ist die offizielle Wegeführung für den Radverkehr? Wie erfolgt die Wegweisung für den Saaleradwanderweg und zu anderen nahen Zielen?
3. Welche Konfliktpunkte gibt es?
4. Welche baulichen Veränderungen sind an den Verkehrsanlagen geplant (weiterer Radweg östlich der Nordstraße, Umbau der Knotenpunkte)?
5. Wie sehen der Zeit- und Finanzierungsplan dafür aus? Wie wird der Stadtrat am Planungsprozess beteiligt?

Herr Stäglin sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Feigl zur Kleine Märkerstraße 5

Herr Feigl fragte, ob die Baumaßnahme am Grundstück Kleine Märkerstraße 5 in Abstimmung mit der Denkmalpflege durchgeführt wird und ob die Denkmaleigenschaft durch die Wegnahme des Gebäudes gefährdet wird. Des Weiteren, ob diese Aspekte Einfluss auf die Fördermittel des Bauprojektes haben.

Frau Foerster sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Feigl zum Fahrradparkhaus

Herr Feigl berichtete, dass laut Presseaussagen der Oberbürgermeister die Fläche des geplanten Fahrradparkhauses für ein zu bauendes Hochhaus vermarkten möchte. Er bat um Stellungnahme und fragte, ob ein Hochhaus mit dem entsprechenden Rahmenplan Riebeckplatz umsetzbar ist.

Herr Stäglin erklärte, dass ein beschlossenes Leitbild und, eine Visualisierung eines Szenariums, zum Riebeckplatz vorliegt. Des Weiteren geht es der Verwaltung um eine Lösung, welche im Idealfall das Fahrradparkhaus als Untergeschoss, in ein zukünftiges Hochbaus integriert.

zu 8.4 Herr Schramm zu Fahrradstraßen und Fahrradschnellwege

Herr Schramm sagte, dass im September 2016 einem Prüfauftrag zur Errichtung von Fahrradstraßen und Fahrradschnellwegen zugestimmt wurde und fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Stäglin antwortete, dass an der entsprechenden Informationsvorlage gearbeitet wird.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Lämmerhirt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Michael Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin